

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitspalte 20 Pfennig für einfache und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeitspalte im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Kreuznachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Mittwoch
19
Februar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinsichtlich der gerichtlichen Beitreibung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungsort in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 28 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Dr. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Die Nationalversammlung.

Siebente Sitzung.

Weimar, 14. Februar.

Vizepräsident Haugmann eröffnete die Sitzung. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben sind 334 Stimmen, davon gültige Stimmen 302, weiße Stimmzetteln 32, die absolute Mehrheit ist also 152. Erhalten haben Abg. Fehrenbach (Zentr.) 295, Haugmann (Dem.) 2, Dr. David (Soz.) 1, Merges (U. Soz.) 1, Dr. Spahn (Zentr.) 1, Dr. Stresemann (Lib.) 1, Frau Jiez (U. Soz.) 1 (Große Heiterkeit). Damit ist der Abg.

Fehrenbach zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Abg. Fehrenbach nahm die Wahl an mit folgenden Ansprache: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich übernehme das Amt des Präsidenten dieser Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung mit aufrichtigem Dank für das mir durch die Wahl erwiesene Vertrauen. Ich werde bestrebt sein, wie im alten Reichstag mit persönlichem Wohlwollen gegen jedes einzelne Mitglied der Versammlung ohne Unterschied der Parteirichtung und mit strenger sachlicher Unparteilichkeit meines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und Würde des Hauses zu wahren. (Beifall.) Ich habe eine Pflicht des Dankes zu erfüllen, von der ich glaube, daß sie dem Empfinden der ganzen Versammlung entspricht. Die Pflicht der Anerkennung und des Dankes gegen unsere zurückgetretenen Ersten Präsidenten, Dr. David, für die umsichtige, ausgezeichnete Leitung der Geschäfte während der obgelaufenen Woche. (Beifall.) Als dann erfolgte die Wahl des Vizepräsidenten. Hierzu wurde der Abg. Schulz-Struppreu (Soz.) gewählt, der von 283 gültigen Stimmen 279 erhielt. Darauf folgte die Nationalversammlung die Besprechung der Erklärung der neuen Reichsregierung fort.

Nach einer Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen, Grafen v. Brudendorff-Ranau, ergriff das Wort der Abg. Reil von den Mehrheitssozialisten. Als seine kleine unterste Gehalt am Rednerpult erschien, richteten sich die Reihen im Saal, die schon überhaupt manche Lücken aufwiesen, noch mehr, und in dem Theaterförmigen, wo die Restauration noch mehr ist, entfaltete sich ein um so regeres Leben.

Nach Reil kam als erster Oppositionsredner Graf Bosa-dowsky zu Wort. Das Verdienst seiner Rede liegt darin, daß er den Komplex der politischen Dinge, die jetzt zur Diskussion stehen, einmal von der anderen Seite beleuchtet hat. Das einseitige Verdammungsurteil, das von den Trägern der Revolution über das alte System gefällt wird, wurde von ihm in vielfach glücklicher Weise korrigiert, wenn es ihm auch nicht gelang, dabei seinerseits Einseitigkeit zu vermeiden. Hinter den vielfach jetzt übersehenen Lichtseiten des Alten traten seine schweren Mängel etwas zu sehr in den Hintergrund. Auch in den Reihen der Mehrheitssozialisten wird es innerlich Zustimmung gefunden haben, als er sein Befremden aussprach über die wie eine Entschuldigung klingende Versicherung des Grafen Brudendorff, sein glücklicher Teil hindere ihn nicht, auch ein guter Demokrat zu sein. Das Haus folgte dem Redner mit Aufmerksamkeit. Die stürmische Gestalt des Grafen und seine vornehme, ritterliche Angenführung ließen keine lärmenden Gegenübergebungen aufkommen.

In der achten Sitzung der Nationalversammlung in Weimar, am Samstag, kam in der Hauptsache der Reichsfinanzminister Dr. Schäffer zum Worte. Seine erste von ihm eingebrachte Kreditvorlage in Höhe

von 25 Milliarden 300 Millionen Mark

gab ihm Gelegenheit, sein Programm und hierbei die Finanzlage des Reiches mit rückhaltloser Offenheit darzulegen. Und was man da hören konnte, klang nicht schön. Ich will damit, so sagte der Reichsfinanzminister, dem leichtfertigen ruchlosen Optimismus

entgegenzutreten, der leider immer noch in weiten Kreisen unseres Volkes herrscht (Sehr richtig!), die sich offenbar noch nicht vollständig klar sind über die Bedeutung und über die Schwierigkeit der Lage, in der wir uns befinden.

Die Summe aller Anleihekredite, die uns bewilligt worden sind, einschließlich von 416 Millionen Krediten, die noch

aus der Friedenszeit stammen, beträgt mehr als 140 Milliarden. Hierzu treten an Pfandscheinkrediten aus dem Gesetz vom 25. Juni 1918 6 Milliarden, das gibt zusammen 146 Milliarden. Das ist der Anleihekredit, der uns im Oktober zur Verfügung stand. Diese Kredite sind auf Grund der Kreditbewilligung flüssig gemacht worden in der Gestalt von Kriessanleihen im Betrage von beinahe 93 Milliarden und durch Buchschulden im Betrage von 53 Millionen. Außerdem — und das ist ein Posten von ganz besonders hoher und schwerwiegender Bedeutung — haben wir ausgegeben Schatzanweisungen und Reichswchsel in dem ungeheuren Betrag von über 58 Milliarden. (Hört, hört!) Wir haben also eine schwebende Schuld von 58 Milliarden.

Damit haben wir die bewilligten Kredite um fünf Milliarden überschritten. Zu dem treten noch die Kredite, die wir unsern Bundesgenossen gewährt haben und die wir im Verkehr mit neutralen Ländern genommen haben im Betrage von 9,5 Milliarden. Wir erhalten damit eine Gesamtsumme von 161 Milliarden und hätten danach die uns bewilligten Kredite um 14 Milliarden überschritten. Die 161 Milliarden stellen in gewissem Sinne ohne Rücksicht auf die Verzinsung die effektiven Kriegskosten dar, die wir aufzuwenden hatten. Wir verbrauchten im Jahre 1914 (in fünf Monaten) 7,5 Milliarden, 1915 23 Milliarden, 1916 26,6 Milliarden, 1917 39,6 Milliarden, 1918 48,5 Milliarden. (Hört, hört!) Auf den Monatsdurchschnitt verteilt, ergibt sich für unsere Kriegskosten ein Monatsdurchschnitt von 1,5 Milliarden im Jahre 1914, 1,9 Milliarden 1915, 2,2 Milliarden 1916, 2,3 Milliarden 1917, 4 Milliarden 1918.

Und nehmen wir den Tagesdurchschnitt dieser Kriegskosten, so ergibt sich 1914 täglich 49,6 Millionen, 1915 täglich 63,9 Millionen, 1916 täglich 73,9 Millionen, 1917 täglich 109,9 Millionen, 1918 täglich 135,0 Millionen. Für die Zeit nach dem 1. Juli 1918, wo die letzte Kriegsanleihe stattgefunden hat, ergibt sich, daß wir verbraucht haben im Juli 1918 4,2 Milliarden, im August 1918 4,6 Milliarden, im September 1918 4,4 Milliarden, im Oktober 1918 4,8 Milliarden, im November 1918 4,1 Milliarden, im Dezember 1918 3,8 Milliarden, im Januar 1919 3,5 Milliarden. Sie sehen, daß

ein erhebliches Abflauen in der Zeit nach der Revolution nicht eingetreten

ist. (Hört, hört!) Die eigentlichen Heeresausgaben, die sich nicht decken mit den gesamten Kriegsausgaben, betrugen im Oktober 1918 4,3 Milliarden, sie fielen im November auf 2,9 Milliarden und stiegen im Dezember auf 3,8 Milliarden. (Hört, hört!) Wenn der Abgeordnete Reil die Methode unserer Kriegsführung absparend beurteilt, so kann ich ihm leider nicht widersprechen. Ich halte sie so wohl in Einnahme wie in Ausgabe mindestens nicht für tadellos. Die Ursache ist in demselben Moment zu finden, das beinahe allen Erscheinungen dieses unglücklichen Krieges zugrunde liegt. Man hatte an einen kurzen Krieg gedacht, und als er sachlich und zeitlich uns über den Kopf wuchs, zeigte sich mehr und mehr, daß wir dem nicht gewachsen waren. Schon bald nach Beginn des Krieges trat die üble Erscheinung hervor, daß die Beschaffung des Kriegsmaterials in die Hände der allerniedrigsten Elemente kam. (Sehr richtig!) Es sind damals Unsummen verschleudert und dadurch Leute bereichert worden, die auch moralisch sehr anfechtbar waren. (Lebh. Zustimmung.)

Der Krieg wurde als Konjunktur betrachtet,

und ich kann das Reich von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß durch die mangelhafte Finanzgebarung diesen Strömungen Vorschub geleistet wurde. (Sehr richtig!) Es gab damals weite Kreise, die es anfangs sogar von sich wiesen, so unangemessen hohe Preise zu nehmen, wie sie geboten wurden. (Sehr richtig!) Das Eingreifen des Reichstages kam zu spät. Als neues Moment kam damals das Hindenburgprogramm, das ich militärisch nicht kritisieren will. Wirtschaftlich betrachtet war es aber ein Programm der Verzweiflung und hat ungeheuren Schaden angerichtet.

Der Minister verbreitete sich des weiteren, wie die Ausgaben immer weiter stiegen. Die Demobilisierung erforderte weit höhere Kosten als veranschlagt worden. Auch die Arbeiter- und Soldatenräte trugen zu den Ausgaben bei. Zweifelslos ist in vielen Fällen Geld verschwendet worden. So beziehen die aktiven Mitglieder des Zentralrates der

Marine täglich bei Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft und Ernährung noch 25 M., die inaktiven ebenfalls Verpflegung, Unterkunft, 25 M. und außerdem noch 12 M. (Hört, hört!) Das gibt doch zu denken. Nun

die Deckungsfrage.

Wir werden darauf angewiesen sein, Deckung für unsere Schulden und für unsere Bedürfnisse überhaupt auf dem Wege der Steuern

vorzunehmen. Auf allen Gebieten des staatlichen Lebens muß gespart werden. Neue Beamtenstellen dürfen nur in den dringendsten Fällen geschaffen werden. Für die Gesamtheit der fortlaufenden Ausgaben ist nach oberflächlicher Schätzung ein Betrag von 19 Milliarden gegen früher 5 Milliarden erforderlich. Davon, daß die Kriegsanleihen annulliert, die Sparkassen- und Bankguthaben beschlagnahmt werden sollen, ist keine Rede. Ich erkläre, daß die Reichsregierung an eine solche Maßnahme, die die größte Rechtsverletzung wäre, und die den Untergang des Reiches bedeuten würde, nicht denkt. Wir wollen doch auf dem Boden des Rechtsstaates bleiben! Dann noch ein Wort über die in

Papiergeld

umlaufenden Beträge. Hier steht die Sache so, daß wir gegenüber einem Umlauf von 2 Milliarden im Jahre 1914 jetzt einen Umlauf von 34 Milliarden 432 Millionen haben, ungerechnet das von den Kommunen ausgegebene Papiergeld. Ein gewisser Trost mag uns die Tatsache sein, daß das viel kleinere Frankreich auch einen Umlauf von 32 1/2 Milliarden hat. Ist es nun überhaupt möglich, daß wir dieser finanziellen Not jemals Herr werden? Eine endgültige Antwort kann darauf niemand abgeben. Das hängt ab von dem Verhalten unserer Feinde uns gegenüber und von unserm eigenen Verhalten. Wir wollen in ruhiger Würde Zurückhaltung wahren, bis die Entscheidungen fallen. Wenn sie gefallen sind, dann gilt es, alle Kräfte anzuspannen, um die Wege zu neuem Aufstieg zu finden.

Nach dem Vortrag des Ministers kritisierte der Abg. Haack (U. Soz.) die alte und neue Regierung in härtester Weise. Ihm antwortete sofort der Reichswehrminister Noske. Herr Noske kannte seine Pappenheimer, und was er aus dem überreichen Schatze der traurigen Erfahrungen, die er als Landesverteidigungsminister sammeln konnte, mitteilte, das widerlegte Haacks Behauptungen in wirksamster Weise. Das Haus unterbrach seine Feststellungen mit starkem Beifall, gegen den die Unabhängigen vergebens anzulärmen suchten. Noske gab auch bekannt, daß das Wehrministerium beschloßen hat, daß das Eisene Kreuz und die Rote Kreuzmedaille weiter verliehen werden sollen, besonders auch an die zurückkehrenden Gefangenen. (Beifall.)

Höchste Anerkennung verdienen die Offiziere, Beamten und Soldaten,

die unter den größten Schwierigkeiten den Rückmarsch unserer Truppen ermöglicht haben. Rückmärsche und Demobilisierung sind besser von ihnen gegangen, als manchen vorher glaubte.

Abg. Richter (Deutsche Volkspartei): Meine Freunde erkennen an, daß im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse die Beibehaltung der monarchischen Staatsform ausgeschlossen ist. Wir sind bereit, der verfassungsmäßigen Einführung der republikanischen Staatsform unsere Stimmen nicht zu versagen und an dem weiteren Aufbau der Verfassung mitzuwirken. Der Redner wandte sich dann noch gegen die Sozialisierung, die nicht die erwarteten Vorteile bringe.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr, Fortsetzung der Beratung. Schluß nach 1/8 Uhr.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 15. Febr. Marshall Koch übergab dem Reichsminister Erzberger gestern nachmittags 3 Uhr folgende Vorschläge zum Zusatzabkommen über die Verlängerung des Waffenstillstandsabkommens:

1. Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen im Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. Zu diesem Zweck ist eine Demarkationslinie festgelegt, die nicht überschritten werden darf. Sie verläuft so, daß Ost- und Oberschlesien in unserer Hand bleibt. Der Schutz der Deutschen im dem Gebiet jenseits der Linie wird von der internationalen Kommission in

Warschau, welche wahrscheinlich Vertreter nach Spaa entsenden wird, verbürgt.

2. Der durch die Abkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919 bis 17. Februar 1919 verlängerte Waffenstillstand vom 11. November 1918 wird neuerdings für eine kurze, unbefristete Zeitdauer verlängert, wobei die alliierten und assoziierten Mächte sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen.

3. Die Ausführung der Bestimmungen des Abkommens vom 11. November 1918 und der Zusatzabkommen vom 13. Dezember 1918 und vom 16. Januar 1919, soweit dieselben zurzeit noch unvollständig verwirklicht sind, wird in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstands fortgesetzt, bis die von der interalliierten permanenten Waffenstillstandskommission nach den Weisungen des Oberkommandos der Alliierten festgesetzten Einzelbestimmungen zum Abschluß geführt werden.

Weimar, 16. Febr. Die Reichsleitung hat Erzberger angewiesen, die Waffenstillstandsbedingungen zu unterzeichnen. Der Entschluß zur Annahme der Forderungen wurde von den Mitgliedern des Kabinetts einstimmig gefaßt. Um die Verantwortung für den Entschluß auf eine breitere Grundlage zu stellen, waren die Führer aller Fraktionen der Nationalversammlung zu einer Besprechung eingeladen worden, der auch alle Führer mit Ausnahme der Unabhängigen und der Deutschnationalen folgten. Auch die Parteiführer erklärten fast völlige Übereinstimmung mit der Ansicht des Kabinetts, daß der Waffenstillstand abgeschlossen werden müsse.

Wie der Waffenstillstand in Deutschland angenommen wurde, — ein „historisches Schweigen.“

Nach einem Bericht des „General-Anzeiger“ vom 19. Februar hat Konstantin Fehrenbach, der Präsident der deutschen Nationalversammlung, eine Rede in Heidelberg gehalten, welche interessante Einzelheiten über den Abschluß des Waffenstillstandes enthält. Er sagte u. a.: „Am 10. November war ich im Reichskanzlerpalast mit Ebert, Scheidemann und Landsberg. Scholz las die Waffenstillstandsbedingungen vor. Ihr erratet unsere Gefühle. Ein Telegramm der Waffenstillstandskommission sagte, daß wir die Bedingungen ganz und gar annehmen müßten. Ein Telegramm von Hindenburg verlangte sofortige Annahme. Er konnte seine Truppen nicht mehr halten, sie rückten aus. Wenn es keinen Waffenstillstand gäbe, wäre er gezwungen, mit seiner ganzen Armee zu kapitulieren. Ebert fragte: „Wer ist gegen einen Waffenstillstand?“ Es gab darauf ein eifriges „Schweigen!“ Der Redner fügte hinzu, daß er ein ähnliches, so schreckliches, vielstimmiges Schweigen nicht mehr erleben möchte.

Ebert über seine Aufgaben.

Berlin, 14. Febr. Reichspräsident Ebert empfing im Schloß zu Weimar, wo die Regierung Wohnung genommen hat, einen Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung.“ Auf einige Fragen, die sich auf die nächsten Aufgaben des Reichspräsidenten bezogen, gab er Beheide. Frage und Antwort wickelten sich wie folgt ab:

1. Scheiden Sie als Reichspräsident aus der Partei aus?
Antwort: Nein. Meine Partei ist der Zahl und den Komteern nach die stärkste in der neuen Koalitionsregierung. So wenig meine Parteifreunde als Staatssekretäre ihre Parteizugehörigkeit abgeben werden, so wenig werde ich es tun. Es wäre ja auch nur eine Geste ohne Inhalt, wenn nicht gar eine Irreführung. Wohl aber werde ich die Geschäfte des Reichspräsidenten so führen, daß keiner von Parteilichkeit reden kann.

2. In welcher Weise werden Sie mit dem Ministerpräsidenten zusammenarbeiten?

Antwort: Zur Erfüllung der großen Aufgaben, die der Neuaufbau Deutschlands und der deutschen Volkswirtschaft in der nächsten Zeit an uns stellen, ist ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen dem Reichspräsidenten und Reichsministerium, insbesondere dem Ministerpräsidenten, notwendig. Die Erfüllung dieser Notwendigkeit erscheint dadurch gesichert, daß nach der Verfassung der Präsident einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung des Ministeriums zu betrauen hat. Sie wissen, daß ich meinen Parteifreund Scheidemann mit der Kabinettsbildung betraut habe. Ein so gebildetes Kabinett wird zweifellos das Vertrauen der Mehrheit der Nationalversammlung finden, die den Reichspräsidenten gewählt hat.

3. Haben Sie die Absicht, in der nächsten Zeit die Hauptstädte der deutschen Freistaaten zu besuchen?

Antwort: Die Stellung des Reichspräsidenten macht eine dauernde Verständigung mit den Regierungen der dem Reich angehörenden Einzelstaaten unbedingt notwendig. Inwiefern jedoch ein Besuch der Hauptstädte der deutschen Freistaaten notwendig sein wird, muß erst die Zeit lehren.

Aus der Rede des Grafen Brockdorff-Rantzau.

Weimar, 14. Febr. In der Freitagssitzung der Nationalversammlung führte der Reichsminister des Auswärtigen, Graf von Brockdorff-Rantzau u. a. aus:

Bei der neuen Betätigung ist es mein Recht und meine Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen gedenke. Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: die Beseitigung des Kriegszustandes und die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu der Völkergemeinschaft.

Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten,

die es mit den Gegnern vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine vollständige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschlands. Zur Beschränkung unserer Souveränität, der bindenden Unterwerfung bei Differenzen mit anderen Staaten unter eine Schiedsgerichtsbarkeit und dem Verzicht auf eine Rüstung sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland bei der Haager Friedenskonferenz in diesen beiden grundlegenden Fragen eingenommen hat, eine historische Schuld in sich schloß, für die unser ganzes Volk jetzt büßen muß.

Allerdings müssen auch wir in der Handelspolitik umlernen. Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitig bürokratischen Befehlsführung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Deshalb ist es mein Plan, erfahrene Politiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst einzustellen. Den Anfang habe ich bereits gemacht.

Auf der anderen Seite müssen wir gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiet wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von Elsaß-Lothringen.

Der Redner kam dann auf die Pläne der Einrichtung einer rheinisch-westfälischen Republik und die Los-von-Berlin-Bewegung im Süden von Deutschland zu sprechen und erklärte dazu:

Mag die Wiederherstellung der Mainlinie für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, auf die Dauer wird eine solche Trennung mit Sicherheit der Untergang staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der getrennten Glieder sein. Ein einiges Reich ist Deutschlands natürliche Lebensform. Wir gedenken weder aus Schweizer noch aus Niederländern Deutsche zu machen, aber mit unseren österreichischen Brüdern hatten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reiches deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an dem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz ihre Sanktion gewiß nicht versagen wird.

Graf Brockdorff-Rantzau kam dann auf die Uebergänge des tschecho-slowakischen Staates gegen Deutsch-Oesterreich zu sprechen und legte scharfen Protest dagegen ein.

Ueber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschecho-slowakischen Staates wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am Gedeihen des aufstrebenden Nachbarn ein gleiches vitales Interesse wie an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit.

Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten deutscher Bürger das Recht der Nationalität geltend zu machen, so wollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Da es strittig ist, welche Gebiete unter den 13. Punkt von Wilsons Programm fallen, so mag eine unparteiische Instanz darüber entscheiden. Bis dahin gehören diese Gebiete zum Reich. (Zustimmung.) Unter eigener Vorbehalt verlangt, daß die Atmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, nach dem Beginn der Friedensverhandlungen die reinere Luft des gegenseitigen Verständnisses sei. Leider können wir nicht voraussetzen, daß wir im polnischen Staat einen bequemen Nachbar haben werden. Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Pflege der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen Modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechts auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee.

Einberufung der preussischen Landesversammlung.

Berlin, 14. Febr. Wie die „Voss. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle hört, ist gestern im preussischen Kabinett beschlossen worden, die preussische Landesversammlung zum 1. März einzuberufen.

Die Verfassung des Völkerbundes,

der vorerst 14 Nationen umfaßt, wurde am Samstag vom Präsidenten Wilson in der Plenarsitzung der Friedenskonferenz im Haag vorgelesen. Sie umfaßt 26 Artikel. Nach Wilson sprachen noch Lord Robert Cecil, Leon Bourgeois und Orlando, die sämtlich das einstimmige Zustandekommen der Verfassung betonten und dieses als gutes Vorzeichen für die Zukunft darstellten. Präsident Wilson ging noch am Abend an Bord von „George Washington“ in See, um auf kurze Zeit nach Amerika zurückzukehren. — Nach seiner Erklärung ist von 14 Nationen — Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Brasilien, China, Tschecho-Slowakei, Griechenland, Polen, Rumänien, Portugal und Serbien — die von Wilson verlesene Urkunde einstimmig beschlossen worden.

Die Rostlage.

Röln, 13. Febr. Eine Abordnung der Rölnner Gewerkschaften hatte am 12. d. M. eine Unterredung mit der britischen Militärbehörde im Beisein des Regierungspräsidenten v. Stord. Nach der „Röln. Volksztg.“ erkannte die britische Militärbehörde die dargelegte Rostlage der Bevölkerung in Röln voll an. Sie ist bereit, soweit nur möglich ist, zu helfen. Die Rostlage bestehe aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Staaten, die eher noch schlimmer daran sind, so Oesterreich, Rumänien, Polen, Armenien usw. Auch in den Ländern des Verbandes herrsche kein Ueberschuß. Belgien vor allem benötige Hilfe. Die Tatsache, daß auch in England noch die Rationierung bestehe, dürfe beweisen, daß man sich auch dort noch einschränken müsse. Dabei wurde auch die Transportfrage für die Heranschaffung der Lebensmittel gestreift. Bis zum Eintritt der äußersten Rostlage werde es möglich sein, Lebensmittel in genügenden Mengen heranzuschaffen, so daß das besetzte

Gebiet keineswegs einer Katastrophe überlassen werde. Die britische Militärbehörde werde den Vertretern der alliierten Mächte, die in den nächsten Tagen in Röln eintreffen, genaue Unterlagen unterbreiten und erwirken, daß die Abhilfe bestens organisiert werde. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage erkennt die britische Militärbehörde auch hier die bestehende Not an. Die Rostlage bestehe aber in der ganzen Welt. Das seien Uebergangsschwierigkeiten, die nicht nur durch Rohstoffmangel zu erklären seien. Man gebe aber zu, daß Deutschland vor besonderen Schwierigkeiten stehe, denen abzuheffen man bereit sei. Der Verkehr zwischen rechts- und linksrheinisch habe schon bedeutende Erleichterungen erfahren. Die Versorgung der großen Industrie des besetzten Gebiets mit den notwendigen Rohstoffen stehe bevor. Sie werde schon deswegen durchgeführt, weil für die Erzeugnisse dieser Industrie ein großer Bedarf bestehe. Nach Deckung des eigenen Bedarfs und des Bedarfs des besetzten Gebietes könnten die überschüssigen Produkte auch in das unbesetzte Deutschland eingeführt werden. Schon in nächster Zeit werde die britische Behörde darüber einen festen Plan vorlegen können. Damit werde man vor allem auch der Arbeitslosigkeit und den damit zusammenhängenden Nöten begegnen.

Lebensmittel unterwegs.

Berlin, 15. Febr. Die ersten amerikanischen Lebensmittel für die Reichshauptstadt befinden sich bereits auf dem Wege nach Berlin. Sie sollen etwa Mitte nächster Woche hier eintreffen. Amerika hat zur Bedingung des Transportes gemacht, daß er bei seiner Ankunft und bei der Verteilung von einem amerikanischen Truppenkommando beschützt ist, weil sonst Plünderungen befürchtet werden.

Einreise in den Brückenkopf Mainz.

Mainz, 14. Febr. Mainzer Blätter berichten: Aus Frankfurt wird gemeldet: Der Abchnittskommandeur der vierten neutralen Zone gibt bekannt, daß die Einreise von Zivilpersonen, die vor Kriegsausbruch im besetzten Gebiet beheimatet waren, in das Gebiet des Brückenkopfes Mainz und den westlich anschließenden Teil von den Franzosen noch immer gesperrt ist. Es schweben jedoch Verhandlungen, die in kurzem die Aufhebung dieser das Publikum schwer treffenden Sperre erwarten lassen. Allerdings werden dann die Einreisenden einige Tage Aufenthalt in einem noch zu bestimmenden Quarantänelager nehmen müssen. Näheres wird durch die Presse bekanntgegeben werden.

Ausweisungen in Ludwigshafen und Mannheim.

Frankfurt a. M., 15. Febr. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Ludwigshafen: Eine große Bewegung verursacht eine Bekanntmachung des Bezirksamtes. Ausgenommen sind nur solche Personen, deren Verbleiben aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist. Die Maßnahme erstreckt sich auch auf Garnisondienstfähige und die wegen Krankheit entlassenen und reklamiert gewordenen früheren Heeresangehörigen.

Frankfurt a. M., 15. Febr. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mannheim: In einer von 6000 Personen besuchten Versammlung von Ausgewiesenen wurde mitgeteilt, daß in Mannheim von der Maßnahme 20 000 Personen betroffen würden. Ein Ausschussmitglied der Ausgewiesenen erklärte, daß bei den Verhandlungen mit dem französischen Oberst Wimpfen auf die Frage, was geschehe, wenn die Ausgewiesenen Mannheim nicht verlassen würden, dieser erwiderte, dann werde Mannheim besetzt.

Bersenkung der U-Boote.

Aiel, 14. Febr. Eine Verbandskommission hat angeordnet, daß alle Unterseeboote auf der Germaniawerft, die bis zum 17. Februar nicht abgebaut sind, versenkt werden sollen. Die Werft hat bisher nur eine einfache Schicht arbeiten lassen, um Arbeit für die Leute zu haben. Nun war die Kommission mit dem Fortschritt der Arbeiten unzufrieden und verfügte diese Maßregel.

Zu spät!

Hamburg, 14. Febr. Der deutsche Seemannsbund hat mit Rücksicht auf die Maßnahmen von Seiten des Verbandes seine Forderung auf Einführung von Schiffsräten und Aufhebung der Seemannsordnung fallen gelassen. Dieser Entschluß kommt leider zu spät, denn der Verband hat den Umstand, daß die Ablieferung der deutschen Handelsschiffe eben wegen der Forderungen des deutschen Seemannsbundes nicht rechtzeitig erfolgen konnte, bereits zu verstärkten Forderungen hinsichtlich der Flaggensführung und der Besatzung durch den Verband benutzt. Die Seeleute haben sich also durch ihre übertriebenen Forderungen wahrscheinlich selbst um die Möglichkeit gebracht, die deutschen Handelsschiffe zu besetzen.

Einstellung der deutsch-polnischen Feindseligkeiten.

Kopenhagen, 13. Febr. Exchange Telegraph Company meldet aus Berlin, daß die Entente die Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Polen und Deutschen befohlen habe.

Ein französisches Kriegsschiff gescheitert.

Paris, 14. Febr. Das Marineministerium teilt mit: Das Linienschiff „Mirabeau“ (1909 erbaut, 19000 Tonnen), das vor Sebastopol ankerte, war am 8. Februar infolge eines heftigen Sturmes, während dessen die Ankerketten rissen, gezwungen, den Ankerplatz zu wechseln. Während dieses Wanders geriet es in einen Schneesturm und scheiterte am Nordeingang des Meerbusens. Die Lage des Schiffes ist schwierig, zumal das dauernd schlechte Wetter die Hilfeleistung verzögert und erschwert.

Die französischen Menschenverluste.

Gen., 12. Febr. Der „Temps“ beziffert die französischen Menschenverluste im Weltkrieg auf 2 Millionen, davon Kriegsverluste 1 400 000. Ausfall an männlichen Geburten 600 000. Im Jahre 1913 betrug der Geburtenüberschuß 17 366, 1917 der Ausfall 1 269 838.

Der Vorrat an französischem Kriegsmaterial.

Die Kammer-Kommission — so berichtet das „Echo de Paris“ — hat letzten Mittwoch einen Rapport des Herrn Gall mitangebracht über den Vorrat an Geschossen der verschiedenen Kaliber, der zur Zeit des Waffenstillstandes vorrätig war. Dieser Vorrat, welcher für den Fall, daß der Krieg im Jahre 1919 noch fortauern sollte, vorgesehen war, ist sehr beträchtlich. Der Vorrat an Geschossen, hauptsächlich der 7,5 Zentimeter, beträgt 23 Millionen. Die Anzahl der Geschosse anderer Kaliber kann auf ungefähr dieselbe Zahl geschätzt werden.

Kleine Meldungen.

München. An der bayerisch-österreichischen Grenze blüht, wie die „M. N.“ melden, der Viehschmuggel in unerhörter Weise. Bei Passau sollen bereits über 10 000 Stück Schlachtrind über die Grenze gebracht worden sein. Eine große Zahl von Kriminalbeamten sind nun im Auftrag des bayerischen Kriegswirtschaftsamt zur Überwachung der Grenze eingetroffen. Es ist bereits zu Zusammenstößen zwischen Schmugglern und Beamten gekommen, wobei es zwei Tote und mehrere Verwundete gab.

Paris. (W. B.) Der Schiffsahrtsdienst zwischen New York und Le Havre ist nach vierjähriger Unterbrechung nunmehr wieder aufgenommen worden. Am 5. Februar hat der Dampfer „La Normandie“ New-York verlassen. Dies bedeutet die Wiederaufnahme des wöchentlichen Dienstes zwischen Amerika und Frankreich, der seit Kriegsausbruch unterbrochen war.

Rühlmann in Holland.

Haag, 14. Febr. Der frühere deutsche Staatssekretär des Auswärtigen v. Rühlmann befindet sich nach einer „Times“-Meldung seit einigen Tagen in Holland. Er hielt sich inognito im Haag auf. Er soll den früheren Kaiser besucht haben und ist jetzt in Amsterdam.

Lokalnachrichten.

* Königstein, 19. Febr. Zur Beruhigung ängstlicher Leute sei auch hier auf die Aeußerung des Reichsfinanzministers Schiffer hingewiesen, die er in seiner von uns ausweislich wiedergegebenen Rede vor der Nationalversammlung getan hat. Er erklärte dort mit allem Nachdruck, daß von einer Annulierung der Kriegsanleihen oder von einer Beschlagnahme der Regierungen und Bankguthaben absolut keine Rede sei, die Regierung denke nicht im entferntesten an eine solche, mit den Begriffen eines Rechtsstaates unvereinbare Maßregel.

* Die Reinigung seidener Blusen. Einige Kartoffeln werden geschält, in ganz feine Scheiben geschnitten und abgeseigt. Dann gießt man ungefähr 1 Liter kochendes Wasser darauf und läßt es stehen, bis es abgekühlt ist. Von diesem Wasser nimmt man soviel wie man nötig hat und gießt mit einer gleichen Menge Weingeist hinzu. Mit dieser Flüssigkeit reibt man mittels eines Schwammes die Blusen gut ab, und wenn halb trocken, bügelt man sie auf der Rückseite mit einem nicht zu heißen Eisen behutsam. Auf diese Weise lassen sich Blusen, seidene Röcke usw. in den zartesten Farben reinigen, ebenso kann man Samt mit dieser Flüssigkeit säubern.

* Peltheim, 19. Febr. Am Montag verstarb nach kurzer schwerer Krankheit im vollendeten 79. Lebensjahre Herr Fabrikant Wilhelm Dammann, nur 3 Wochen nach dem Heimgange seiner treuen Gattin. In arbeitsreichem Leben hat der Verstorbene, der in Hofheim gebürtig war, hier aus den kleinsten Anfängen die heutige große Holzbearbeitungsfabrik begründet, die nun als modernster Großbetrieb sich weit und breit größter Achtung erfreut. Trotz der vielen Arbeit im eigenen Betriebe hatte Dammann stets noch Zeit und Muße, sich auch auf anderen Gebieten zu betätigen. Neben dem Ausblühen unseres Ortes, dem sein weitschauender Blick und guter Rat in allen entscheidenden Fragen zur Verfügung stand, galt sein Bemühen hauptsächlich dem Gewerbeverein, den er begründete, auch die Förderung des Obst- und Gartenbaues und der Bestrebungen des Volksbildungsvereins ließ er sich sehr angelegen sein, jeder Fortschritt fand in ihm Fürsprache und Unterstützung. Sein Hinscheiden wird deshalb vielerorts eine Lücke hinterlassen. Die von ihm begründete Fabrik wird seit einigen Jahren von den Kindern des Verstorbenen unter der Firma Wilhelm Dammann u. Söhne weitergeführt.

Von nah und fern.

* Bad Homburg v. d. H. 15. Febr. Für die Wiedererlangung eines am Hammelhaus verlorenen Brillanteneckes hatte ein russischer Kurgast eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Darob setzte ein gewaltiger Menschenstrom sich nach dem besagten Hammelhaus, einem Ausflugsort nahe der Saalburg, in Bewegung und suchte Schritt um Schritt das Gelände nach dem Ring ab. Vergeblich. Den Ring hatte bereits ein armer Mann, der zwei kranke Kinder daheim hat und auch sonst schwer den Kampf ums Dasein führen muß, gefunden. Ihm wurde prompt die ausgesetzte Belohnung in die Hand gedrückt.

Persbach, 17. Febr. Unser Bürgermeister, Herr Kul, hat seinen Dienst wegen vorgerückten Alters niedergelegt. Die Stelle soll zur Besetzung durch einen Berufs-Bürgermeister öffentlich ausgeschrieben werden.

Frankfurt, 16. Febr. Das Hausierwesen an den Straßen und auf den verkehrsreichen Plätzen der Stadt hat einen großen Umfang angenommen, daß man geradezu von einer Plage reden kann. Fast 2000 Personen, meistens Männer bieten auf kleinen zu Verkaufständen umgewandelten Wagen alle möglichen und unmöglichen Dinge feil: Rindswürste und Pferdefleisch, Bonbons, Schuhe, Stearinkerzen, Lederhosen aus Pappe, holländische Schmierseife, bei deren Ankauf man oft großen Nachteil hat.

Frankfurt a. M. Hier trägt man sich mit der Idee, den Fleisch- und Milchverkauf sowie das Autodroschenwesen dauernd in städtische Regie zu nehmen.

Siebrich, 14. Febr. Die vor einigen Tagen vermählt gemeldete Johanna Schl. ist wieder in die elterliche Wohnung zurückgekehrt.

Wiesbaden, 15. Febr. Herrn v. Hochwächter, Sonnenbergerstraße 37, wurden 800 Mark Strafe auferlegt, weil er sich französischen Offizieren gegenüber ungebührlich benommen und sich fälschlicherweise als offizieller Dolmetscher beim Herrn Administrator des Bezirks ausgegeben hat.

Sonnenberg, 14. Febr. Eine empfindliche Strafe wurde der Witwe Bartmann an der Wiesbadenerstraße hier auferlegt. Die Frau hatte trotz der Aufforderung des französischen Kommandanten, die Waffen abzuliefern, drei Militärgewehre in ihrer Wohnung behalten, die bei ihr gefunden wurden. Sechs Monate Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe waren für dies Vergehen angeordnet. Nur mit Rücksicht auf das Alter der Frau wurde die Strafe auf 500 M. Geldstrafe ermäßigt.

Rüdesheim, 14. Febr. Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, keine Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung auszuschreiben, da sie jeder rechtlichen und gesetzlichen Grundlage entbehren.

Rüdesheim. Wie in Rüdesheim, so beschlossen auch in Oberlahnstein die Stadtverordneten nach lebhafter Debatte, die sofortige Vornahme von Neuwahlen als ungeschiehlich abzulehnen. Dabei wurde besonders hervorgehoben, daß auf eine Anfrage des Landrats in St. Goarshausen der französische Kommandant geantwortet habe, er gestatte diese Wahlen nicht.

Bingen, 14. Febr. Heute Nacht wurde in das Anwesen eines Weinhandlers eingebrochen und 11 500 Mark im Gesamtwert von 5000 M. gestohlen.

Niedrich, 13. Febr. Der hiesige Winzerverein verkaufte seine 1918er Weintresenz, insgesamt 114 Halbstück, an das Weinkommissionsgeschäft Artur Hallgarten in Wink. Die Stückpreise schwanken zwischen 3700 bis 4200 M.

Niedrich, 15. Febr. (Kirchenraub.) Gestern Nacht drangen Diebe in die hiesige Pfarrkirche ein und stahlen eine Anzahl wertvoller Gegenstände, die anlässlich des St. Valentins-Freiertags jedes Jahr in der Kirche ausgestellt werden. Darunter befindet sich ein sehr wertvolles, großes goldenes Kreuz und mehrere echt silberne Medaillen. Von den Räubern fehlt jede Spur.

Braubach, 13. Febr. Die ausgedehnte Hamsterei vom Lande her hatte in den letzten Wochen eine strengere Kontrolle zur Folge. Unsere Polizei hatte denn auch einige gute Erfolge. Neulich wurde z. B. eine Kölner Frau, die 22 Pfund Butter bei sich hatte, angehalten, dieser Tage ein Wiesbadener Herr mit 13 Pfund Fett und nunmehr wieder eine gewerbsmäßige Hamsterin aus Oberlahnstein, welche 14 Pfund Butter mit sich führte.

* Groß-Gerau, 16. Febr. Herr Jakob Hasenzahl, wohnhaft in Baldorf, ist durch den Befehlshaber der 10. Armee zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt worden, weil er sich angeboten hat, Briefe in das unbefestete Gebiet zu befördern. Außerdem ist ihm die Arbeitskarte, die ihm erlaubt, zwischen Baldorf und Frankfurt zu verkehren, entzogen worden.

Groß-Gerau, 16. Febr. Zu den neuereingerichteten Uebungskursen in der französischen Sprache stellt die weibliche Bevölkerung in vielen Gemeinden des Kreises das Hauptkontingent der Teilnehmer. In einzelnen Orten machen sie nahezu zwei Drittel derselben aus.

Rauheim bei Groß-Gerau, 15. Febr. Eine böse Suppe haben sich zwei junge Leute von hier durch Wildern in den hiesigen Wäldern eingebracht. Um ihrer mangelhaften Fleischversorgung etwas aufzuhelfen, probierten sie es mit der Jagd auf Rehe. Ihr Vorgehen hatte auch Erfolg, wenn auch nicht ganz nach ihrem Sinne. Sie wurden ertappt und zur Anzeige gebracht. Die Sache dürfte sie teuer zu stehen kommen, denn neben der Bestrafung wegen des Wilderns überhaupt steht ihnen auch noch eine solche wegen Uebertretung des von der französischen Besatzung erlassenen Jagdverbots und des verbotenen Tragens von Waffen in Aussicht.

Berlin, 15. Febr. 31 Mitglieder der Familie v. Bülow sind nach einer Anzeige, die der Fürst v. Bülow im Namen der Familienverbände veröffentlicht, den Tod fürs Vaterland gestorben.

Berlin, 16. Febr. Der verstorbene Rittergutsbesitzer Lind vermachte sein im Dirschauer Kreise gelegenes Rittergut Serslau dem preussischen Landstriegeverband in Berlin. Das Rittergut ist 557 Hektar groß und hat einen Wert von über anderthalb Millionen Mark.

London. Der bekannte englische Arzt Dr. Tanner ist im Alter von 91 Jahren gestorben. Vor 40 Jahren erregte Tanner Aufsehen durch ein 40tägiges Fasten, das er im Royal-Aquarium in London öffentlich veranstaltete. Während der ganzen Zeit nahm er nur hin und wieder etwas Wasser zu sich. Acht Tage nach Beendigung des Fastens wog er wieder eben soviel wie vorher. Dr. Tanner erhielt viele Nachfolger, darunter einen Mann namens Jaques, der ebenfalls im Aquarium 40 Tage fastete und den vor einigen Jahren gestorbenen Italiener Succi, der an der gleichen Stelle 1890 40 Tage und später in New-York 45 Tage fastete.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Das Kontrollamt Höchst a. M.-Bad Homburg v. d. H.-Uffingen wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden jeden Freitag vormittags von 9 1/2 Uhr bis nachmittags 2 Uhr französischer Zeit einen Meldetag im Rathausaal in Königstein abhalten. Erster Meldetag ist der 21. Februar 1919. Die Gemeindebehörden ersuche ich, dieses in ortsüblicher Weise bekannt zu geben und darauf hinzuweisen, daß Meldungen der Wehrpflichtigen am Meldetage zu erstatten sind.

Königstein i. L., den 15. Februar 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken und deren Höchstpreise.

§ 1. Nach der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 28. Novbr. 1918 dürfen Saat- und Steckzwiebeln nur gegen Saatarten und mit Genehmigung der Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Wiesbaden abgesetzt werden.

§ 2. Wer Saat- und Steckzwiebeln zu den höheren Preisen des Saatgutes veräußern will, hat die Erteilung der Absatzgenehmigung unter Angabe der verfügbaren Mengen und unter Beifügung einer Probe bei dem Kommunalverband zu beantragen, in dessen Bezirk sich die Zwiebeln befinden, und dem die Genehmigung des Absatzes durch die Bezirksstelle für Gemüse und Obst hiermit übertragen wird. Der Kommunalverband ist befugt, die Vorräte des Antragstellers durch einen Beauftragten, der sich als solcher ausweist, besichtigen zu lassen. Erst nach erteilter Genehmigung des Kommunalverbandes darf der Antragsteller die angegebenen Mengen zu den höheren Preisen der Saat- oder Steckzwiebeln gegen Saatarten veräußern.

Für Händler tritt an die Stelle der Absatzgenehmigung die Saatkarte.

§ 3. Saatarten für Saat- und Steckzwiebeln werden sowohl für Verbraucher als für Händler auf Antrag des Erwerbers durch den Kommunalverband des Ortes der Ausstellung, oder der gewerblichen Niederlassung des Erwerbers erteilt.

Der Ausstellung der Saatkarte hat eine Prüfung des Bedarfs vorauszugehen, die sich auf die unmittelbare Verwendung der Zwiebeln zu Saatzwecken durch den Antragsteller, oder falls dieser ein Händler ist, durch dessen Abnehmer zu beziehen hat.

Der Bezirksstelle für Gemüse und Obst bleibt vorbehalten, den Absatz zu beschränken oder zu unterlagen.

§ 4. Die Saatkarte muß Art und Menge des Saatgutes, Name und Wohnort des zum Erwerb Berechtigten, sowie den Ort, wohin die Lieferung geschehen soll, und wenn das Saatgut mit der Bahn befördert werden soll, die Empfangsstation angeben. Der Erwerber des Saatgutes hat die Saatkarte dem Veräußerer spätestens bei Lieferung des Saatgutes auszubändigen. Wird das Saatgut mit der Eisenbahn verladen, so hat sich der Veräußerer von der Beförderung auf der Saatkarte die erfolgte Abmeldung unter Angabe der verladenen Menge und des Ortes bescheinigen zu lassen, nach dem das Saatgut verpackt ist. Erfolgt die Beförderung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Veräußerer auf der Saatkarte den Empfang bescheinigen zu lassen.

Der Veräußerer hat den Abschnitt A der Saatkarte aufzubewahren und die Abschnitte B und C der Saatkarte mit der im vorstehenden Absatz erwähnten Vereinbarung der Eisenbahnverwaltung oder der Empfangsbefähigung des Erwerbers unverzüglich dem Kommunalverband zu übersenden, aus dessen Bereich das Saatgut geliefert ist.

Dieser Kommunalverband hat den Abschnitt B aufzubewahren und den Abschnitt C, wenn die Verwendung des Saatgutes in einem anderen Kommunalverband geschehen soll, diesem zu übersenden.

§ 5. Die Kommunalverbände haben Listen zu führen, die unter fortlaufenden Nummern die Namen der Personen, für die sie Saatarten ausgestellt haben, die Gemeinden, in denen die Verwendung geschehen soll, sowie eine Bemerkung darüber enthalten, ob und wann der Abschnitt C der Saatkarte an sie zurückgeliefert ist und ob und mit welchem Ergebnis die Verwendung überwacht worden ist.

Die Liste ist allmonatlich abzuschließen und in Ur- oder Abschrift der Bezirksstelle für Gemüse und Obst für den Regierungsbezirk Wiesbaden — Geschäftsabteilung in Frankfurt a. M., Gallusanlage 2, einzusenden.

Nach Rückkunft des Abschnittes C hat der Kommunalverband die tatsächliche Verwendung zu Saatzwecken zu überwachen und die Bezirksstelle von etwaigen Mißbräuchen in Kenntnis zu setzen.

§ 6. Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung ist der Kommunalverband für Getreidebewirtschaftung.

§ 7. Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken gegen Saatarten und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen bei Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden:

für Saatzwiebeln bis 31. Febr. 1918 M. 21.—
vom 1. Januar 1919 ab je Monat und Ztr. „ 1.— mehr,
für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:

Größe 1 unter 1 1/2 cm Durchmesser M. 100.—

„ 2 1 1/2—2 cm „ 80.—

„ 3 2—2 1/2 cm „ 60.—

2. plattrunde:

Größe 1 unter 2 cm Durchmesser M. 120.—

„ 2 2—2 1/2 cm „ 100.—

„ 3 2 1/2—3 cm „ 80.—

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach Maßgabe der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 bestraft.

§ 9. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 15. Januar 1919.

Frankfurt a. M.,

Bezirksstelle für Gemüse und Obst

für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Der Vorsitzende:

Droge,

Geheimer Regierungsrat.

Alle abgelaufenen Durchlassscheine sind innerhalb 24 Stunden auf dem Rathaus (Bühnen im Saal) abzugeben.

Königstein im Taunus, den 19. Februar 1919.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Die Erneuerung der Kauf-Conduits für das besetzte Gebiet für Arbeiter und Angehörte findet am Sonntag

den 23. Februar 1919, zwischen 10—11 Uhr vormittags im Rathaus, Zimmer Nr. 1, statt.

Königstein i. L., den 19. Februar 1919.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Meldetage betr.

Um den Kontrollpflichtigen und entlassenen Militärpersonen die Möglichkeit zu geben, ihre Meldungen und Angelegenheiten, die sie beim Kontrollamt bzw. Meldeamt zu erledigen haben, leicht zu ordnen, hat der Herr Regierungspräsident die Abhaltung eines **Meldetages in Königstein im Taunus genehmigt**. Das Kontrollamt hat dafür den **Freitag jeder Woche** vormittags von 9^{1/2} Uhr bis nachmittags 2 Uhr französischer Zeit in Aussicht genommen. Die Meldungen sind in der genannten Zeit im Rathausaal in Königstein im Taunus zu erstatten. Erster Meldetag ist der 21. Februar 1919.

Königstein, den 18. Februar 1919.

Der Bürgermeister: **Brühl**.

Die französische Militärbehörde gibt bekannt: Die Arbeiter und Beamte, welche in Königstein wohnen und zur Arbeit nach Oßcht gehen, müssen mit einem **Sauf-Conduit** versehen sein, der vom Kommandanten des Arrondissements Königstein ausgestellt ist.

Bis jetzt besitzen viele Arbeiter Sauf-Conduits, welche von Oßcht ausgestellt sind. Diese Sauf-Conduits sind im Arrondissement Königstein als ungültig zu betrachten und **sofort** auf dem Rathaus (Büro im Saal) abzuliefern. Es werden auf der Straße Königstein-Oßcht häufige Kontrollen stattfinden. Vom 20. Februar 1919 ab werden alle Arbeiter, welche im Arrondissement Königstein wohnen und als Träger eines von Oßcht ausgestellten Sauf-Conduits betroffen werden, mit Geldbuße bestraft.

Königstein, den 18. Februar 1919.

Der Bürgermeister: **Brühl**.

Kohlraben-Ausgabe.

Donnerstag, den 20. d. Mts., werden vormittags von 8-8^{1/2} Uhr im Zimmer 3 der Bierhalle Bezugscheine für Kohlraben gegen Barzahlung ausgegeben. Wir raten wiederholt dringend, sich entsprechend zu versorgen, da auf eine weitere Kartoffel-Zuweisung nicht gerechnet werden kann.

Königstein im Taunus, den 17. Februar 1919.

Der Magistrat: **J. B. Brühl**.

Betr. Anmeldung des Umsatzes für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezbr. 1918.

Trotz wiederholter Bekanntmachung ist die Mehrzahl der Umsatzsteuerpflichtigen mit der Abgabe der Umsatzsteuererklärung noch im Rückstand. Der Termin zur Einreichung der Erklärung wird daher bis zum **24. Februar l. Js. verlängert**. Wir machen jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß dieser Termin endgültig ist. Den Steuerpflichtigen, deren Erklärung nach dem 24. Februar l. J. hier eingeht, wird ein **Zuschlag von 10 Prozent** der erhobenen Steuer auferlegt werden.

Formulare zur Abgabe der Erklärung sind im Steuerbüro, Bierhalle, Zimmer 3, erhältlich.

Königstein, den 17. Februar 1919.

Der Magistrat.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 21. Februar 1919, vormittags 11 Uhr, versteigere ich in Königstein öffentlich, meistbietend, gegen gleich bare Zahlung

1 **Stück**.

Sammelpunkt der Kaufinteressenten an der Stadtwage, Königstein (Taunus), den 18. Februar 1919.

Mehnen,

Gerechtsvollzieher in Königstein i. T.

Freitag, den 21. Februar, nachmittags 1/2 5 Uhr, findet im Lyzeum ein

ELTERNABEND

statt. Die verehrten Eltern unserer Schülerinnen, sowie Freunde und Gönner der Anstalt werden hiermit herzlich eingeladen.

Die Ursulinen.

St. Anna-Lyzeum der Ursulinen
Königstein im Taunus

Schule und Pensionat

Das neue Semester beginnt Mittwoch den 23. April.

In den unteren Schulklassen finden auch Knaben Aufnahme.

Anmeldungen nimmt entgegen

die Oberin.

TAUNUS-REALSCHULE
KÖNIGSTEIN IM TAUNUS

Sexta bis Untersekunda einschliesslich.
Vorschule.

Neuanmeldungen für Ostern werden täglich von 11-12 Uhr im Amtszimmer der Realschule entgegengenommen. Bei der Anmeldung sind Impfscheine und Geburtsurkunde vorzulegen.

Die Leitung: **I. V. Dr. Backers**.

Dame,
gewandt in Stenogr., Schreibmaschine, sowie Büroarbeiten, sucht pos. Stellung f. März o. April. Kennz. steh. zu Dienst. Ang. u. Nr. 432 a. d. Geschäftsst.

Leichtes, sauberes Mädchen:
f. alle Arbeit bei gut. Lohn gef. Zu erst. in der Geschäftsst.

Hausmädchen:
sucht Stelle in Königstein od. Cronberg. Zu erfrag. **Dans Augustin**, Altkönigstr. 8, Rgt.

Fleißiges, ordentliches Dienstmädchen:
kann eintreten bei **Louis Stein**, Cronberg, Daimstraße.

Ein anständiger Junge
zu leichten Arbeiten gesucht. **J. Kahl, Kellheim**.

Mann
zum Ausputzen von Obstbäumen sucht sofort **Jaeger, Bornau**.

Zu verkaufen:
1 tracht. **Steg** samt Futtermittel, 9 **Hühner** u. 1 **Salz** (Beut 1918) eotl. mit **Hühnerstall**, sowie 1 **Bruchmühle** für Hand und elektr. Betrieb. Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

Sämtliche Gemüse- und Gartensamen
sind eingetroffen und zu haben bei **Joan Aller**, Königstein, Kirchstraße 7.

Verchiedene gebrauchte Möbel
in bestem Zustande wie **Laß. Betten, Schränke**, eine sehr schöne **Staffelei**, ein **Handtisch**, ein **Stummenkübel** auf geschliffenem Ständer, ein **Kinderswagen**, **Stühle**, ein **Kindersstuhl**, **Stuhl, Bilder, Spiegel** und verschiedene **J. Bauhoffer**, Kellheim, **Villa Germania**. **Bilder** werden kunstgerecht eingerahmt.

Lehr-Kursus.
Ich beabsichtige in nächster Zeit einen **Kursus** in einfacher, doppelter und amerikanischer Buchführung zu eröffnen. Bei genügender Beteiligung kann ein **Stenographie-Kursus** angegliedert werden. Anmeldungen hierzu vormittags von 11-12 Uhr, nachmittags „ 6-7 „ nimmt entgegen

Lehrer Kahn, Königstein, Og. Pinglerstr. 1.

120 000 Stück
3- und 4-jährig, unverfälscht, **schöne Fichten** mit gut. Wurzeln, abzugeben. Zu erst. in der Geschäftsst.

Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupf-Tabak:
Zigarren von 25 Pfg. an. Neu! Besonders Neu! preiswerte Marken von 25-100 Pfg. u. höher. **Konrad Villmer**, Königstein, Hauptstr. 19.

Ein gerüsteter Wagen, sowie ein **Schlitten** steht zu verkaufen **Fischbach**, Bornaustr. 1.

Klosett-papier
in Blatt-Paketen und Rollen zu haben **Druckerei Ph. Kleinböhl**, Königstein im Taunus, Fernruf 44 -: Hauptstr. 41.

Leichter Kastenwagen
f. Ruh od. Bonn zu verkaufen. **Adam Fischer**, Schmied, Ruppertsbahn i. Taunus.

1 Gespann mittelschwere Zugpferde:
stehen zum Verkauf **Münster**, Königsteinstr. 37.

Reinen Rauchtobak
1/2 Bund-Baker Markt 2.00 zu haben bei **Peter Gottschalk**, Fischbach, Kellheimerstraße.

Händlern, Fabriken u. Privaten offeriere:
Reisigbesen
10 Stck.: M. 7.- (Probefend.), 100 Stck.: M. 65.-, bei 1000: M. 62.- pr. Stck., b. 5000: 60.- pr. Stck. (Baga.)

la Besenstiele
aus gut. Holz in all. Größen, **la Reisigbesen**, lange u. kurze für alle Zwecke, garant. beste Ware zu billigen Preisen, frostdr. jed. Station u. Nachnahme. Off. z. Dienst. Taunus-Beckenlager

Karl Dietz, Kristel a. C.

ICH KAUFE
alle Möbel u. Haushaltungsgegenstände, auch reparaturbedürftige und solche die nicht mehr zu reparieren sind **Josef Bauhoffer**, Kellheim.

Am 17. Februar verschied sanft nach kurzem, schweren Leiden unser lieber, guter Vater

Herr Wilhelm Dichmann

im 70. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:

Die Hinterbliebenen

I. d. N.: **Jos. Dichmann**.

Kellheim, den 18. Februar 1919.

Die Beerdigung findet am **Donnerstag**, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr statt.

Am 17. Februar verschied nach kurzer, schwerer Krankheit der Gründer unserer Firma

Herr Wilhelm Dichmann

im 70. Lebensjahr.

Was er in seinem mühe- und arbeitsreichen Leben für den Ausbau unserer Firma getan hat, kann ihm nie vergessen werden. Noch bis ins hohe Alter galt sein rastloses Streben diesem Ziel. Wir werden ihm ein dankbares, bleibendes Gedenden bewahren.

Wilh. Dichmann & Söhne.

Kellheim, den 18. Februar 1919.

Für die herzliche Teilnahme an unserem Schmerze sagen wir innigsten Dank

Familie Krug.

Königstein im Taunus, Februar 1919.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Herrn Johann Schauer

sagen wir unseren innigsten Dank. Ganz besonders danken wir für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden, ebenso dem hiesigen Krieger- und Militärverein, sowie der Freiwilligen Feuerwehr Kellheim und allen Freunden, die unserem lieben Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Katharina Schauer Ww. und Kinder.

Kellheim, den 18. Februar 1919.

Gastwirtschaft Ferdinand Müller
AM FUCHSTANZ (Gemarkung Falkenstein im Taunus)

hält gute Speisen und Getränke
bestens empfohlen.

Für alle, die im Besitze eines Laissez-passer für das Arrond. Königstein sind, erreichbar, da Verkehr erlaubt. Schönster Spaziergang und Ruhepunkt beim Wintersport.

Warnung! Ich warne hiermit jedermann vor Verbreitung falscher Gerüchte, daß mir mein gestohl. Geld wieder zur. erhalt. ist. Da das selbe auf Unwahrheit beruht. **Fischbach**, 17. Febr. 1919.

Anton Ohlenschläger, Bäckerm.

Ein 2sp. **Wagen** gut schwerer erhalten, und ein **Pony** zu verkaufen **J. Gottschalk**, Fischbach.

Trockenes, geschnitten. Brennholz
liefert frei Haus per Rtr. 6 M. **J. Kahl, Kellheim**.

Reparaturen:
an Uhren u. Turmuhrren werden billig ausgeführt von **Jakob Schunk**, Uhrmacher, Hornau i. T., Langenstraße 42.